

1 **Leitantrag zur Delegiertenversammlung 2025 des**
2 **BUND Naturschutz in Bayern e.V.**

3
4 **Umwelt-, Natur- und Klimaschutz unter Druck:**
5 **Unsere Lebensgrundlagen sind keine Nebensache!**

6 Erderhitzung und Artensterben, Flächenverbrauch und Schadstoffeinträge in die Luft,
7 ins Wasser und in den Boden schreiten immer weiter voran. Dies gefährdet unsere
8 Lebensgrundlagen und ist keine Nebensache. 2024 war in Deutschland das wärmste
9 Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1850 und hat damit den gerade erst im
10 Vorjahr aufgestellten Rekord gebrochen. Das zeigt sich nicht nur in trockenen
11 Zahlen, sondern auch direkt vor unserer Haustür: Starkregen und großflächige
12 Überschwemmungen wechseln sich ab mit Trockenzeiten, so wie heuer mit bereits
13 im Frühjahr versiegenden Gewässern und sinkendem Grundwasserstand. Es wird
14 immer deutlicher, dass auch Bayern am Beginn einer Wasserkrise steht. Die
15 menschengemachte Klimakrise verschärft direkt den Rückgang der Biodiversität.
16 Und beide miteinander verknüpfte Krisen gehen nicht nur weiter, sie werden sogar
17 beschleunigt. Es klingt dramatisch, ist aber Realität: Die Menschheit rast auf einen
18 Abgrund zu und tritt weiterhin aufs Gaspedal.

19 Doch statt Klima-, Biodiversitäts- und Wasserkrise ernst zu nehmen, hat die
20 bayerische Staatsregierung ihre gesetzlich verankerten Klimaziele gekippt. Trotz
21 milliardenschäden allein durch das verheerende Hochwasser im Juni 2024 hat das
22 Kabinett zum Jahresende die Erreichung der Klimaneutralität im Freistaat von 2040
23 zunächst auf 2045 verschoben – und diese zumindest fahrlässige Entscheidung
24 auch noch verheimlicht. Sie gesteht damit ein, dass sie nicht bereit und in der Lage
25 ist, wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz einzuleiten und umzusetzen.
26 Stattdessen werden klammheimlich die Klimaziele aufgeweicht.

27 Zeitgleich hat die Staatsregierung die Zahlung der Landschaftspflegegelder
28 eingefroren und damit viele Natur- und Artenschutzprojekte gefährdet. Darunter sind
29 auch viele, die zum Ziel haben, Wasser in der Landschaft zu halten, die Speicherung
30 von Treibhausgasen zu fördern und somit den multiplen Krisen entgegenzuwirken.
31 Zwar werden die Zahlungen nun (mit Einschränkungen) wieder aufgenommen, aber
32 ihre Zukunft bleibt ungewiss. Aktuell bereitet die Staatsregierung – unter dem
33 Deckmantel der Entbürokratisierung – durch eine massive Einschränkung der
34 Umweltverträglichkeitsprüfung den weiteren Ausbau von Skiliften und
35 Schneekanonen vor. Weitere natur- und klimaschädliche „Modernisierungen“ sind auf
36 dem Weg oder bereits beschlossen. So wurden erfolgreiche Förderprogramme für
37 Landwirte zur Anreicherung von Humus gestrichen. Das Signal dieser und anderer
38 Maßnahmen ist deutlich: Beim Natur-, Umwelt- und Klimaschutz kann jederzeit
39 zugunsten anderer Bereiche gespart werden, ihr Schutz wird als lästige Bürokratie
40 diffamiert.

41 Auch auf europäischer Ebene sind Natur, Umwelt und Klima unter Druck: Zentrale
42 Fortschritte der letzten Jahre unter dem European Green Deal werden seit der
43 Europawahl 2024 geschwächt, Umweltstandards vermindert oder gleich ganz
44 abgebaut. Auch auf der globalen Ebene wenden sich Staaten, Institutionen und
45 Konzerne von früheren Bekenntnissen zu Umwelt-, Natur- und Klimaschutz ab – und
46 verschärfen so die unübersehbaren Gefahren für Mensch, Tier und Pflanzenwelt.
47 Selbst der Weltwirtschaftsrat bewertet seit einigen Jahren die Zerstörung von Natur
48 und ihrer Ökosystemleistungen als eine der größten Gefährdungen für die Wirtschaft.

49 Der Irrglaube einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung gegen Natur und Klima zieht
50 sich auch durch den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Sie hat nicht nur
51 den Kampf gegen Artensterben und Klimakrise faktisch zur Nebensache degradiert,
52 sie will sogar zentrale – wenn auch unzureichende – Maßnahmen der letzten
53 Bundesregierung in diesen Bereichen rückgängig machen. Formal bekennen sich
54 CDU, CSU und SPD zwar zum Klimaschutz. Doch tatsächlich schwächen sie ihn,
55 indem sie den Ankauf von CO₂-Zertifikaten in Ländern des globalen Südens zum
56 Programm machen. Die neue Bundesregierung darf sich durch den Erwerb von CO₂-
57 Zertifikaten nicht freikaufen! Sie muss selbst aktiv werden und endlich die Reduktion
58 der Emissionen massiv vorantreiben. Zudem will sie durch Subventionen breit auf
59 Kohlendioxidabscheidung und -lagerung (CCS) setzen, statt CO₂-Emissionen zu
60 minimieren. Ebenso werden luftverkehrsspezifische Steuern und Abgaben reduziert.
61 Um diesen Rückfall ins fossile Zeitalter zu verfestigen, will sie neue Gaskraftwerke
62 bauen und sogar die Förderung von Erdgas u.a. am Ammersee forcieren. Die
63 kostengünstigen erneuerbaren Alternativen werden so ausgebremst und die
64 Klimakrise weiter beschleunigt.

65 Dazu wird mit der geplanten teilweisen Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes
66 die gerade erst beginnende Wärmewende abgewürgt. Die zarten Ansätze einer
67 Verkehrswende werden zum Teil unter neuen Autobahnbauten erstickt. Zwar sollen
68 auch der ÖPNV und die Schieneninfrastruktur ausgebaut werden, doch steht
69 insgesamt zu befürchten, dass die hohen Milliardensummen zu einem großen Teil im
70 Asphalt weiterer Straßen und anderer natur- und klimaschädlicher Projekte versenkt
71 werden. Offenbar spielt auch die Verschmutzung unserer Böden, der Luft und der
72 Gewässer im Koalitionsvertrag keine Rolle.

73 Aber nicht nur Natur- und Klimaschutz kommen immer mehr unter Druck, sondern
74 auch Verbände und andere Organisationen, die sich u.a. für diese Anliegen
75 einsetzen. Zivilgesellschaft und Ehrenamt wurden in den letzten Monaten massiv
76 diskreditiert, wahlweise als willenslose Instrumente der letzten Bundesregierung oder
77 als demokratie- und staatsfeindlich beschimpft. Dabei sind es gerade sie, die nicht
78 nur die Begriffe „Demokratie“ und „mündige Bürger*innen“ erst mit Leben füllen,
79 sondern auch – weitgehend unentgeltlich – Gemeinschafts- und teilweise auch
80 Staatspflichten übernehmen. Sie erinnern den Staat auch an seine ureigenen
81 Aufgaben, wenn er sie nicht wahrnimmt – etwa den Schutz unserer natürlichen
82 Lebensgrundlagen oder der demokratischen Aspekte unserer Gesellschaftsordnung.
83 Bei Diffamierungen bleibt es dabei nicht: Alle die neue Bundesregierung tragenden
84 Parteien setzen auf Einschränkungen der Bürgerrechte, wollen das
85 Verbandsklagerecht beschränken und verweigern eine inhaltliche Reform des völlig
86 veralteten Gemeinnützigkeitsrechts.

87 Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. sieht diese Entwicklungen sowohl bei der
88 Sicherung unserer Lebensgrundlagen als auch beim Umgang mit der
89 Zivilgesellschaft mit großer Sorge. Auch die enorme Polarisierung und das
90 Schlechtreden der Klimaschutzmaßnahmen der letzten Bundesregierung erodieren
91 das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie. Aber wir werden uns weder
92 entmutigen noch einschüchtern lassen und uns weiterhin auf allen Ebenen für den
93 Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Denn sie sind keine
94 Verhandlungsmasse, keine Bürokratie und keine Nebensache, sondern
95 unverzichtbar und lebensnotwendig.

96

97 Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. fordert die neue Bundesregierung auf, die
98 Sicherung unserer Lebensgrundlagen endlich wieder positiv, mutmachend und als
99 zentrale Grundlage auch für unser Wirtschaften zu definieren und anzugehen. Um
100 Vertrauen zurückzugewinnen, muss klar kommuniziert werden, dass und welche
101 Maßnahmen hier nötig sind und welche Chancen sie für Mensch, Natur und
102 Wirtschaft darstellen.

103 Konkret fordern wir:

- 104 - die Mittel aus dem beschlossenen Sondervermögen nicht für einen weiteren
105 Ausbau klima- und naturschädlicher Infrastruktur zu verwenden, sondern – wie
106 bei der Grundgesetzänderung vorgesehen – ausschließlich für eine
107 nachhaltige und klimaschonende Modernisierung des Landes
- 108 - die notwendige Wärme- und Verkehrswende voranzubringen
- 109 - die nationalen und internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik zum
110 Klimaschutz ernst zu nehmen und durch eigene, tatsächliche Maßnahmen
111 umzusetzen, insbesondere von der Verrechnung angekaufter CO₂-Zertifikate
112 und der problematischen Alibi-Maßnahme CCS Abstand zu nehmen
- 113 - das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz (ANK) in enger Zusammen-
114 arbeit von Naturschutz, Landwirtschaft und Landbesitzer*innen zügig
115 umzusetzen und die ausstehenden Förderrichtlinien für alle Lebensräume zu
116 veröffentlichen
- 117 - die Biodiversitätsstrategie und das EU-Naturwiederherstellungsgesetz
118 ambitioniert umzusetzen und das geplante Naturflächenbedarfsgesetz zur
119 Beschleunigung von Renaturierung und „Grüner Infrastruktur“ auszugestalten
- 120 - sicherzustellen, dass Eingriffe in die Natur weiterhin primär vermieden und, wo
121 unvermeidbar, sinnvoll ausgeglichen werden. Weitere Naturverluste,
122 verursacht durch z.B. vorzeitigen Beginn von Maßnahmen und die
123 Einschränkungen für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), sind zu
124 vermeiden
- 125 - die angekündigte Förderung der blau-grünen Infrastruktur, den Wasserrückhalt
126 in der Fläche, die Grundwasserneubildung und
127 Hochwasserschutzmaßnahmen konsequent und vorrangig mit natürlichen
128 Maßnahmen umzusetzen sowie auf die angekündigte Nutzung der letzten,
129 geringen Potenziale der Wasserkraft zu verzichten
- 130 - den Abbau bürokratischer Anforderungen nicht als Deckmantel für die
131 Einschränkung von Informations- und Mitwirkungsrechten oder für das
132 Schleifen ökologischer Standards und Untersuchungs- und Berichtspflichten
133 zu missbrauchen
- 134 - das Bekenntnis zur Senkung des Primärrohstoffverbrauchs, zu Abfall-
135 Vermeidung, Rezyklat-Einsatz und Shared Economy sowie die Nationale
136 Kreislaufwirtschaftsstrategie verbindlich umzusetzen
- 137 - neben dem angekündigten Vorgehen gegen die Meeresverschmutzung auch
138 die nötigen Schritte gegen die Verschmutzung unserer Böden, der Luft und
139 der Gewässer zu gehen, insbesondere das Verursacherprinzip anzuwenden,
140 wie es in der Wasserstrategie zumindest angedeutet ist
- 141 - Zum Erhalt unserer Wälder eine im Koalitionsvertrag ausgesparte, überfällige
142 Reform des Jagd- und des Waldgesetzes vorzunehmen

- 143 - das Bekenntnis zum Klimaschutz in der Landwirtschaft praktisch umzusetzen
144 und eine effektive Reduzierung des Pestizideinsatzes zu fördern, statt ihre
145 Zulassung zu vereinfachen
- 146 - sich für das Ziel, selbstbestimmte Verbraucher*innen umfassend und
147 vorsorgend zu schützen weiterhin für Gentechnikfreiheit auch in Bezug auf die
148 „neue Gentechnik“ einzusetzen.
- 149 - zum Schutz nicht nur des Klimas, sondern auch der Hauseigentümer*innen,
150 Mieter*innen einen praktikablen, aber zielführenden Ersatz für das
151 Gebäudeenergiegesetz aufzulegen, falls es tatsächlich abgeschafft werden
152 sollte.
- 153 - den angekündigten Ausbau von ÖPNV und Schieneninfrastruktur kraftvoll und
154 insbesondere im ländlichen Raum voranzutreiben
- 155 - Das Deutschlandticket langfristig und erschwinglich zu sichern und ÖPNV in
156 allen Bereichen sozialverträglich zu gestalten
- 157 - Planungen von klima- und umweltschädlichen Verkehrsprojekten,
158 insbesondere von Bundesfernstraßen und Staatsstraßen
- 159 - das Verbandsklagerecht als zentrales Element zivilgesellschaftlicher
160 Beteiligung unangetastet zu lassen
- 161 - das Gemeinnützigkeitsrecht inhaltlich zu reformieren, insbesondere bei der
162 Benennung der gemeinnützigen Zwecke
- 163 - zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement nicht durch rechtliche,
164 informationelle, finanzielle und andere Einschränkungen zu begrenzen,
165 sondern – im Gegenteil – als Bestandteil einer lebendigen Demokratie zu
166 fördern und in seinen Möglichkeiten auszubauen.
- 167 - alle klima- und umweltschädlichen Subventionen zu streichen

168

169 Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. fordert die bayerische Staatsregierung auf

- 170 - die vom Bund im Rahmen der sogenannten Sondervermögen zur Verfügung
171 gestellten Mittel für eine nachhaltige ökologische und klimafreundliche
172 Entwicklung Bayerns zu verwenden
- 173 - die finanziellen Kürzungen und politischen Einschränkungen im Umwelt-,
174 Natur- und Klimaschutz und in der Umweltbildung zurückzunehmen bzw. nicht
175 umzusetzen
- 176 - im Doppelhaushalt 2026/27 keine Kürzungen beim Naturschutz (bspw. bei den
177 LNPR-Mitteln) vorzunehmen und die Bedarfe bei Klima- und Naturschutz,
178 Moorschutz, der Umsetzung des Artenschutzvolksbegehrens (konkret:
179 Biotopverbund, Streuobst u.a.) und des Natur-Wiederherstellungs-Gesetzes,
180 beim Landschaftswasserhaushalt und anderen drängenden Aufgaben
181 anzuerkennen und mit den nötigen Finanzmitteln auszustatten
- 182 - zum erst vor zwei Jahren im bayerischen Klimaschutzgesetz
183 festgeschriebenen Ziel der Klima-Neutralität bis 2040 zurückzukehren und
184 Anreize und politische Rahmenbedingungen für ihr Erreichen zu setzen
- 185 - die Förderung von Erdgas und neue Bohrungen in Bayern, etwa im Gebiet
186 zwischen Lech und Ammersee, nicht zu genehmigen und nicht auch noch

187 durch den bundesweit einzigartigen Verzicht auf eine Förderabgabe indirekt zu
188 subventionieren

189 - das bewährte Instrument des Bürger- bzw. Volksbegehrens in
190 Zusammenarbeit mit Verbänden und Zivilgesellschaft als Bestandteil einer
191 lebendigen Demokratie praktikabel weiterzuentwickeln und nicht
192 einzuschränken.

193 - Die Umsetzung der WRRRL - Maßnahmen und den Wasserrückhalt in der
194 Fläche für einen zukunftsfähigen Wasserhaushalt voranzutreiben

195

196 Wir als BUND Naturschutz in Bayern e.V. werden

197

198 - weiter unsere Rechte nutzen und uns aktiv für den Erhalt unserer natürlichen
199 Lebensgrundlagen und der Demokratie einsetzen

200 - dazu wie bisher praktische Arbeit in unseren vielen großen und kleinen
201 Projekten auf Landesebene sowie in unseren Kreis- und Ortsgruppen überall
202 in Bayern leisten

203 - weiterhin unsere Zeit und unsere Mittel für das Gemeinwohl einsetzen

204 - verstärkt das Gespräch mit Vertreter*innen aller demokratischen Parteien, der
205 Verwaltung und anderer Verbände und Organisationen suchen, um
206 gemeinsam unsere Zukunft zu sichern

207 - noch mehr als bisher auch unsere Mitmenschen für die gemeinsame
208 Anstrengung zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen zu gewinnen und zu
209 begeistern versuchen.

210

211

212 Nürnberg, den 25.04.2025

213

214

215 Für den Landesvorstand:

216

217 Richard Mergner Doris Tropper Beate Rutkowski

218 Prof. Dr. Hubert Weiger Max Walleitner Winfried Berner

219 Karl Haberzettl Kathy Mühlebach-Sturm Dr. Ruth Radl

220 Dr. Steffen Scharrer Julian Fürholzer

221 Peter Rottner Martin Geilhufe